

Kasseler Diskussionspapiere

i3 Ideen,
Interessen und
Institutionen im Wandel

Der Kasseler ‚Pakt gegen Armut‘

Befunde zur Entwicklung und Umsetzung vorbeugender kommunaler Sozialpolitik

Wolfgang Schroeder / Philipp Rhein / Jannik Zindel

Nr. **20** 10 / 2023

U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T

Fachgebiet
Politisches System der BRD –
Staatlichkeit im Wandel



Editorial

Liebe Leser:innen,

wir freuen uns, dass Sie auf diese Ausgabe der *i3* aufmerksam geworden sind. Bei *i3* handelt es sich um eine Reihe politikwissenschaftlicher Diskussionspapiere. Sie werden herausgegeben von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder und dem Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. In unregelmäßigen Abständen finden Sie in den Diskussionspapieren neue Forschungsergebnisse und Beiträge zu aktuellen politikwissenschaftlichen Debatten. Thematisch erwartet Sie ein breites Spektrum an Schwerpunkten mit besonderem Fokus auf die Parteien-, Verbände- und Wohlfahrtsstaatsforschung. Jede Ausgabe behandelt ein für den Lehrstuhl relevantes Thema, das sich perspektivisch etwa mit Wandlungsprozessen in Politikfeldern, Veränderungen von Akteuren und Akteursstrukturen oder dem Wandel von Regieren und Staatlichkeit befasst. Ein gemeinsamer Bezugspunkt, der auch den Titel der Diskussionspapier-Reihe inspiriert, ist der von Max Weber über Rainer M. Lepsius aufgenommene Spannungsbogen, welcher den Wandel von Ideen, Interessen und Institutionen thematisiert. Neben Artikeln von dem Lehrstuhl nahestehenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind auch Gastbeiträge gerne gesehen.

Wir wünschen Ihnen nun eine anregende Lektüre und würden uns freuen, Sie auch bei den nächsten Ausgaben der *i3* wieder als Leser begrüßen zu dürfen. Hinweise, Anregungen und Kommentare nehmen wir gerne über die Redaktionsadresse entgegen.

Das Herausgeber- und Redaktionsteam

redaktion-i3@uni-kassel.de

Herausgeber

Die Kasseler Diskussionspapiere werden von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Leiter des Fachgebiets Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel an der Universität Kassel, herausgegeben.

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Universität Kassel

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Fachgebiet Politisches System der BRD - Staatlichkeit im Wandel

Nora-Platiel-Str. 1

34127 Kassel

Erscheinungsweise

Die *i3 - Kasseler Diskussionspapiere – Ideen, Interessen und Institutionen im Wandel* erscheinen in unregelmäßigen Abständen und sind nur als PDF-Version zum Download unter der Adresse <https://www.uni-kassel.de/fb05/i3> erhältlich.

ISSN 2363 – 7250

DOI: 10.17170/kobra-202310178862

Autoren

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder leitet das Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. Seit 2016 ist er zudem Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er war von 2009–2014 Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Arbeitsbeziehungen, Gewerkschafts-, Verbände- und Sozialstaatsforschung.

Mail: wolfgang.schroeder@uni-kassel.de

Dr. Philipp Rhein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ der Universität Kassel. Von 2019 bis 2022 promovierte mit einer Arbeit über die AfD an der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Rechtspopulismusforschung, der Wissenssoziologie und qualitativer Methoden.

Mail: philipp.rhein@uni-kassel.de

Jannik Zindel studiert Politikwissenschaft an der Universität Kassel. Er ist studentischer Mitarbeiter am Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“. Seine Interessen- und Arbeitsschwerpunkte liegen in der sozial-ökologischen Transformation, Beschäftigteninteressen in der Altenpflege und Arbeitsmarkt- sowie der Sozialstaatsforschung.

Mail: jannik.zindel@uni-kassel.de

Inhaltsverzeichnis

Herausgeber	2
Erscheinungsweise	2
Autoren	3
1 Einleitung	5
2 Vorbeugende Sozialpolitik in der Kommune	6
2.1 Netzwerke und Pakte in kommunaler Sozialpolitik.....	7
2.2 Herausforderungen: Steuerung und Selbstverständnis.....	8
3 Ausgangslage in Kassel	8
4 Konstitutierung und Akteurskonstellation des Paktes	9
5 Blick der armutspolitischen Akteure in Kassel auf Sozialpolitik, Stadtpolitik und ihre eigenen Ressourcen	13
6 Diskussion und Ausblick	18
Anhang	21
Anhang Nr. 1: Strategie des Paktes gegen Armut der Stadt Kassel.....	21
Anhang Nr. 2: Zur Armutsdefinition und strategischen Ausrichtung des Paktes gegen Armut der Stadt Kassel.....	23
Anhang Nr. 3: Interview mit Ilona Friedrich.....	26
Literaturverzeichnis	30

1 Einleitung

Kommunen sind Lebens- und Alltagswelten von Menschen – und sie sind damit Orte, wo auch ihre Probleme und Nöte sichtbar werden. Armut ist damit vor allem eine kommunale Angelegenheit und Armutsbekämpfung entsprechend eine kommunale Herausforderung. Und dies gilt vielerorts, denn Armut ist in Deutschland weit verbreitet (Statista 2022; Cremer 2017). Dies ist für sich bereits befremdlich in einem wohlhabenden Industrieland mit einem weiterhin gut ausgebauten und funktionierenden Sozialstaat (vgl. Schroeder und Schulze 2019). Skandalös indessen ist die hohe Kinder- und Jugendarmut: Mehr als jedes fünfte Kind ist von Armut bedroht. 2,88 Millionen Kinder unter 18 Jahren sowie 1,55 Millionen junge Erwachsene (18 bis unter 25 Jahre) galten im Jahr 2021 als armutsgefährdet (vgl. Bertelsmann Stiftung 2023). Wenn also die Rede davon ist, dass Armut in Deutschland weit verbreitet sei, dann ist damit auch gemeint, dass Armut vor allem für viele Kommunen eine Herausforderung darstellt. Besonders angespannt ist die Lage in Kassel. Die Stadt sticht mit besonders hohen Zahlen armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher im Sozialleistungsbezug heraus (ebd.; vgl. Abschnitt 2).

So stellt sich insbesondere die Frage, was Kommunen als sozialpolitische Akteure an der Schnittstelle zur Lebenswelt betroffener Menschen machen können (vgl. Dahme und Wohlfahrt 2011). Armutspolitik ist zwar auch von zentralstaatlichen Gesetzgebungen und auch föderal gesteuerten Transferleistungen abhängig. Aber sie vermögen auch eigene Ressourcen im Kampf gegen Armut zu mobilisieren und einzusetzen (Kronauer 2015). Dabei spielen insbesondere kommunale Netzwerke eine zentrale Rolle (Schubert 2011, 2008). Sie sollen die in der lokalen Governance zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen Akteure, aber auch die Jugendhilfen, Wohnungsbaugesellschaften, Jobcenter, Arbeitgeber und/oder die Stadtverwaltungen bei der koordinierten Bekämpfung von Armutslagen stärken. Die Kommunalisierung von Armutspolitik soll nicht nur zur Entlastung des zentralen Sozialstaats beitragen, sondern vor allem die Zivilgesellschaft in die Bearbeitung dieses Problems einbinden um auf diesem Wege in die Lebenswelt der Menschen eine Erfahrung sozialpolitischer Wirksamkeit „an vorderster Front“ hineinzutragen.

Der vorliegende Beitrag diskutiert am Beispiel der Stadt Kassel die Bedingungen für eine gute Netzwerkarbeit in der Kommune. Dazu wird zunächst die Rolle der Kommune in einer nachhaltig gedachten Sozialpolitik vor Ort aufgezeigt um anschließend den Realprozess der kommunalen Netzwerkarbeit nachzuzeichnen. Hier wird die armutspolitische Ausgangslage in Kassel als Ausgangspunkt für einen Netzwerkprozess nachgezeichnet, den Kassler Pakt gegen Armut. Es wird die Akteurskonstellation skizziert und anhand eigener Erhebungen, die im Zuge einer begleitenden Forschung 2022 und 2023 entstanden sind, die Hürden und Potentiale des Paktes rekonstruiert. Dabei soll abschließend die Frage diskutiert werden, wie sich der Prozess evaluieren lässt und was sich am Fall Kassel für eine nachhaltige und vorsorgende kommunale Sozialpolitik lernen lässt.

2 Vorbeugende Sozialpolitik in der Kommune

Die besondere Rolle der Kommune im sozialpolitischen Arrangement in Deutschland ist vor allem darin zu sehen, dass sie neben ihrer Zuständigkeiten für Sozialhilfe und Grundsicherung, Wohngeld, Kinder- und Jugendhilfe und der Sozialdienste v.a. als „direkter“ Kontakt und Berührungspunkt der Klient:innen des Sozialstaats gilt. Zwar vermögen sie aufgrund eines begrenzten Handlungsspielraums Armut nicht kurzfristig oder unmittelbar zu bekämpfen. Durch ihre organisatorischen, infrastrukturellen und kommunikativen Aktivitäten sowie durch adäquate Angebote und Instrumente können sie aber einen wichtigen Beitrag leisten, um die Lebenslagen armer und von Armut betroffener Menschen auf lange Sicht zu verbessern (Schaarschmidt et al. 2023; Brücker et al. 2021; Schädler et al. 2021; Böhm et al. 2021; Fischer und Geene 2021; Rixen 2021; Gehene und Schräpler 2021; Ulrich 2021). Sie spielen damit eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung sogenannter „vorbeugender“, „präventiver“ oder „vorsorgender“ Sozialpolitik, da sie die Bedürfnisse und Herausforderungen ihrer lokalen Gemeinschaft am besten verstehen und darauf reagieren können (Schroeder 2012, S. 62–63). Das Versprechen einer vorsorgend-präventiv gedachten Sozialpolitik im kommunalen Rahmen ist ein nachhaltiger „return on invest“: Sie will langfristig Strukturen für mehr Chancengerechtigkeit im Vergleich zu kompensierenden und statuskonservierenden Geldleistungen etablieren. Vorbeugende Sozialpolitik zielt darauf ab, soziale Probleme und Ungleichheiten in der Gesellschaft frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, bevor sie sich verschlimmern oder schwerwiegender werden. Darunter lassen sich eine Vielzahl von Maßnahmen und Programmen fassen, die darauf abzielen das Wohlergehen der Bürger nachhaltig zu fördern und soziale Herausforderungen zu minimieren. Armutsbekämpfung durch Transferleistungen, Bildungs- und Gesundheitsförderung, Wohnraum und Stadtplanung, Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen sowie Umweltschutz und Nachhaltigkeit spannen ein weites Feld von Interventionsmöglichkeiten für eine vorbeugende und langfristige Sozialpolitik auf. Vorausgesetzt werden muss aber eine ganzheitliche Perspektive sowie die Zusammenarbeit zwischen Regierungsinstitutionen, der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren.

In den Bereichen der frühkindlichen Bildung, sozialer Dienste, der Jugendarbeit, der Wohnraum und Stadtplanung, der Gesundheitsförderung und der Bürgerbeteiligung sowie von Umweltschutz und Nachhaltigkeit vermögen Kommunen Maßnahmen zu ergreifen, um vorbeugende Sozialpolitik umzusetzen. Sie können beispielsweise Programme zur frühkindlichen Bildung fördern, Kindertagesstätten und Vorschulprogramme bereitstellen und sicherstellen, dass alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund Zugang zu hochwertiger Bildung haben. Die Bereitstellung von Sozialdiensten wie Beratung, Unterstützung bei der Jobsuche, finanzielle Unterstützung und psychische Gesundheitsdienste kann dazu beitragen, soziale Probleme frühzeitig zu erkennen und anzugehen. Dies sind allerdings ebenso kostenintensive Unterfangen wie etwa die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Entwicklung von Stadtteilen, die soziale Integration und Gemeinschaftsförderung unterstützen. Hier stoßen Kommunen mitunter an ihre finanziellen und politischen Grenzen.

Die genauen Maßnahmen, die eine Stadt ergreift, hängen also von ihren spezifischen Herausforderungen und Ressourcen ab. Mit letzteren sind indessen nicht nur der Haushalt gemeint, sondern auch die Netzwerke und zivilgesellschaftlichen Strukturen vor Ort. So kann die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, staatlichen und bundesstaatlichen Regierungsebenen sowie gemeinnützigen Organisationen auch dazu beitragen, die Wirksamkeit vorbeugender Sozialpolitik zu steigern.

2.1 Netzwerke und Pakte in kommunaler Sozialpolitik

Hierbei spielen Netzwerke und Pakte eine wichtige Rolle. Sie können zentrale Steuerungsvorhaben einer präventiven und vorsorgenden kommunalen Sozialpolitik sein, da sie die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren und Organisationen fördern, um soziale Probleme anzugehen und vorbeugende Maßnahmen effektiver umzusetzen. Ihre Kernfunktionen bestehen aus:

1. **Koordination und Zusammenarbeit:** Netzwerke und Pakte bringen verschiedene Akteure wie Kommunalverwaltungen, gemeinnützige Organisationen, Bildungseinrichtungen, Gesundheitsdienstleister und lokale Unternehmen zusammen. Sie fördern die Koordination und Zusammenarbeit dieser Akteure, um Ressourcen effizienter zu nutzen und Synergien zu schaffen.
2. **Informationsaustausch:** Netzwerke und Pakte ermöglichen den Austausch von Informationen, Daten und bewährten Praktiken zwischen den Mitgliedern. Dies trägt dazu bei, dass die Kommunen besser informiert sind und fundierte Entscheidungen treffen können.
3. **Ressourcenmobilisierung:** Durch die Bündelung von Ressourcen aus verschiedenen Quellen können Netzwerke und Pakte finanzielle Mittel, Sachleistungen und Fachwissen für soziale Programme und Projekte beschaffen. Dies ist besonders wichtig, wenn die finanziellen Ressourcen einer einzelnen Kommune begrenzt sind.
4. **Bedarfsanalyse:** Netzwerke und Pakte können dazu beitragen, umfassende Bedarfsanalysen in der Gemeinde durchzuführen. Dies ermöglicht es den Akteuren, die drängendsten sozialen Probleme und Bedürfnisse der Bürger besser zu verstehen und darauf zu reagieren.
5. **Entwicklung gemeinsamer Ziele und Strategien:** Die Mitglieder von Netzwerken und Pakten können gemeinsame Ziele und Strategien zur Lösung sozialer Probleme entwickeln. Dies erleichtert die Ausrichtung von Ressourcen und Anstrengungen auf gemeinsame Prioritäten.
6. **Implementierung von Maßnahmen:** Netzwerke und Pakte sind oft besser positioniert, um vorbeugende Maßnahmen in der Gemeinde umzusetzen. Sie können die Umsetzung von Bildungsprogrammen, Gesundheitsinitiativen, Beschäftigungsprojekten und anderen sozialpolitischen Maßnahmen erleichtern.
7. **Evaluierung und Weiterentwicklung:** Netzwerke und Pakte können Mechanismen zur Überwachung und Evaluierung von sozialen Programmen und Projekten etablieren. Dies ermöglicht es, den Erfolg von Maßnahmen zu bewerten und sie bei Bedarf anzupassen oder weiterzuentwickeln.
8. **Empowerment der Gemeinschaft:** Netzwerke und Pakte können die Beteiligung der Gemeinschaft an der sozialen Politik fördern und die Bürger dazu ermutigen, aktiv an der Gestaltung und Umsetzung von Programmen teilzunehmen.

2.2 Herausforderungen: Steuerung und Selbstverständnis

Diese Funktionen hängen indessen davon ab, welches Selbstverständnis sich ein Pakt gibt, welche Perspektive die beteiligten Akteure auf die entsprechenden Pakte und Netzwerke entwickeln, auf welcher Grundlage und mit welchen Versprechen sie sich einbringen und welche Steuerung er erfährt. So ist etwa eine rigide top-down-Steuerung beispielsweise durch die kommunale Verwaltung ebenso denkbar wie eine beteiligungsorientierte bottom-up-Steuerung. Beide Varianten kann es allerdings in Reinform nicht geben. Zum einen kann ein Pakt- oder Netzwerkvorhaben die Arbeit der (ehrenamtlichen) Organisationen, zivilgesellschaftlichen Akteuren oder der beteiligten Verwaltung nicht „ersetzen“, sofern er nicht über eine kollektiv verbindliche Entscheidungsgewalt verfügt. Zum anderen bedarf ein reiner bottom-up Prozess einer gewissen Steuerung und Ressourcen- und Kommunikationsbündelung. Zwischen beiden Herausforderungen, so zeigt es auch der vorliegende Text exemplarisch am Beispiel des Kassler Paktes gegen Armut, gilt es einen Mittelweg zu finden, der die Perspektive und Ressourcen der armutspolitischen Akteure vor Ort eruiert und einbindet.

Insgesamt spielen Netzwerke und Pakte eine entscheidende Rolle dabei, die Effektivität und Effizienz der kommunalen Sozialpolitik zu verbessern, indem sie die Zusammenarbeit, Koordination und Ressourcenmobilisierung fördern. Sie ermöglichen es den Kommunen, auf komplexe soziale Herausforderungen effektiver zu reagieren und nachhaltige Lösungen zu entwickeln.

3 Ausgangslage in Kassel

In Kassel hat sich die Kommunalpolitik die wachsende Kinder- und Altersarmut zur sozialpolitischen Priorität gesetzt. Ausgangspunkt dafür ist die im Landes- und Bundesvergleich außergewöhnlich hohe Kinder- und Jugendarmut in Kassel. Sie unterstreicht ein weiteres Mal die regelmäßig von der Bertelsmann Stiftung veröffentlichte Studie über Kinder- und Jugendarmut in Deutschland (xxx). Während der Anteil der Kinder unter 18 Jahren in Familien im SGB II-Bezug im Jahr 2019 deutschlandweit bei 13,8 Prozent und hessenweit bei 13,6 Prozent lag, stach Kassel mit einem Anteil von 26,2 Prozent klar hervor und waren in Hessen auf Spitzenreiter. Im Jahr 2021 waren hier 28% der unter 18-jährigen im SGB-II-Bezug und noch 11% der 18- bis 25-jährigen. (Hessen: 14,2 Prozent; Funcke/Menne 2020, S. 10f., Funcke/Menne 2023, S. 19) Dies sind hessenweite Höchstwerte.

Die Armutsquote, also der Anteil der einkommensarmen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, in Kassel liegt 2022 bei über 18 % (Statistikatlas Kassel 2023) – ein hessenweiter Höchstwert (Bertelsmann-Bericht). Entsprechend sind 23,9 % der unter 18-Jährigen armutsgefährdet und lokal übersteigen diese Werte die 50%-Marke. Der Anteil der arbeitslosen, unter 25-Jährigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren liegt stadtweit bei 3,2 % und übersteigt lokal die 7% – ein zusätzlicher Indikator für eine niedrige Bildungsquote. Insgesamt erhalten 13,7 % der unter 65-jährigen Menschen Leistungen nach dem SGB II. Die Lage verschärft sich noch dadurch, dass 25,4 % der Familien in Kassel aus Alleinerziehenden-Konstellationen bestehen.

In die über 22.000 Menschen in Kassel, die Leistungen nach SGB II beziehen sind zudem jene Menschen nicht miteingerechnet, die auf Grundsicherung oder Wohngeld angewiesen sind. Steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten führen also zusätzlich zu armutsgefährdenden Lebenssituationen vieler Menschen.

Zusammengefasst: Die sozialpolitische Lage in Kassel ist überdurchschnittlich angespannt. Sie ist Ausgangspunkt des Kassler Pakts gegen Armut – eine Initiative vorbeugender Sozialpolitik auf kommunaler Ebene. In der Rathauskoalition aus SPD und Grünen wurde 2021 erstmals zur gemeinsamen Gründung eines Paktes gegen Alters-, Familie- und Kinderarmut verabredet. In diesem sollten städtische und zivilgesellschaftliche Akteursgruppen auf kollektiv Weise eine kommunale Armutspolitik gestalten und koordinieren (Bündnis 90/Die Grünen Kassel/SPD Kassel 2021, S. 4, 15). Der Pakt hat sich im Spannungsfeld zu positionieren, dass die armutspolitische Lage vor Ort einerseits eine politische Intervention erforderlich macht. Eine solche Intervention kann durch die Stadt angestoßen, sie kann zugleich aber von ihr nicht durchgeführt werden. Ein Pakt kann die Aktivität von Organisationen und Zivilgesellschaft nicht ersetzen. Er muss also seine Rolle finden und sich im Spannungsfeld von Heteronomie und Autonomie der Organisationen, Verwaltungen und Zivilgesellschaft sinnvoll positionieren.

Nicht zuletzt aufgrund der begrenzten Möglichkeiten, Armutsquoten und -Kennzahlen akut und kurzfristig zu reduzieren, verschreibt sich die Stadt Kassel mit dem Pakt gegen Armut einer langfristig orientierten, vorbeugenden Agenda. Ziel ist es, Strukturen zu schaffen, die zwar auf die Verhinderung zukünftiger Armut abzielen, die aber zugleich Bedingungen zur Stärkung der Zivilgesellschaft, für gegenseitiges Lernen und für eine öffentliche Aufmerksamkeit der kommunalen und koordinierten Anstrengungen gegen Armut schaffen.

4 Konstituierung und Akteurskonstellation des Paktes

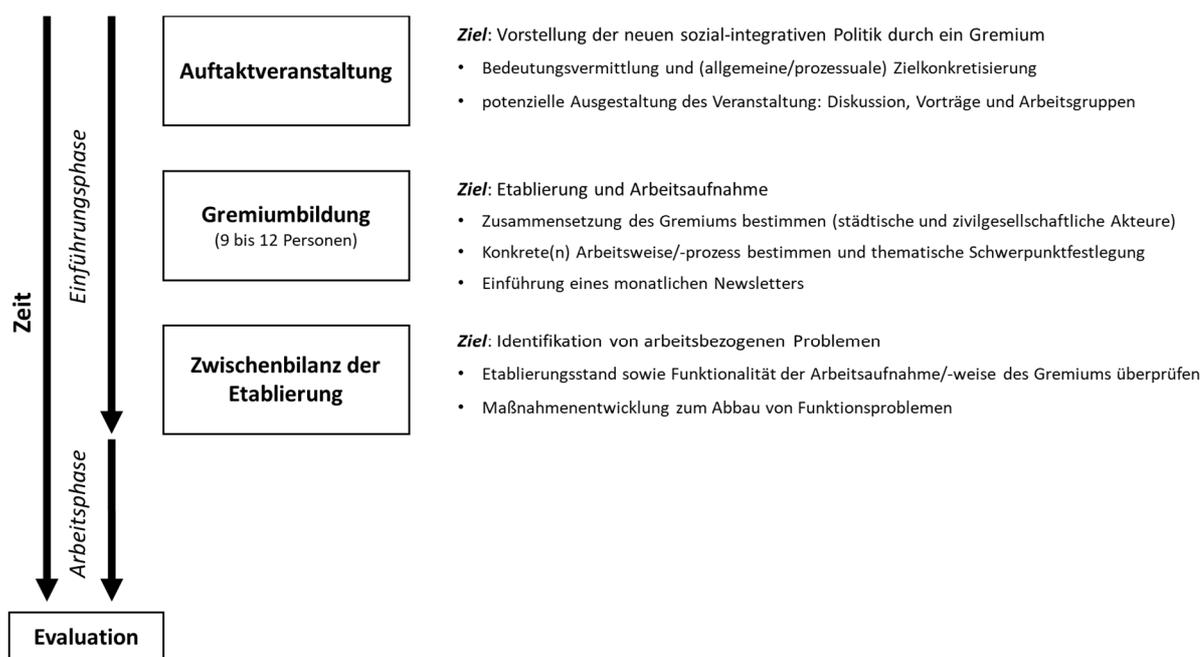
Der Kassler Pakt gegen Armut hat sich darin in einem komplexen Institutionen- und Akteursgefüge zu behaupten. Immerhin ist er zwischen einer arbeitsteilig-versäulten Stadtverwaltung mit unterschiedlichen Ressortzuständigkeiten im Feld der Armutsbekämpfung, einer mehr oder weniger breit aufgestellten Zivilgesellschaft und anderen sozialpolitischen Akteuren, wie etwa dem Jobcenter, aufgestellt.

Politisch initiiert wurde der Pakt durch eine Initiative der Linken, die im Kommunalwahlkampf 2021 ein Sofortprogramm gegen Armut gefordert hatte (DIE LINKE 2021). Nach der Kommunalwahl einigte sich die damalige Rathauskoalition aus SPD und Bündnis90/Die Grünen im Koalitionsvertrag auf einen gemeinsamen Pakt gegen Alters-, Familien- und Kinderarmut, indem die Kinder- und Altersarmut gemeinsam mit den relevanten Akteuren in der Stadt Kassel angegangen werden soll (SPD Kassel/Bündnis90/Die Grünen Kassel-Stadt 2021, S. 4, 15). Nach einem entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wurde die Bürgermeisterin und Sozialdezernentin der Stadt Kassel, Ilona Friedrich, aufgefordert, eine Umsetzung des Pakt-Vorhabens zu erarbeiten.

Unter ihrer Schirmherrschaft wurde in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Wolfgang Schroeder und dessen Team von der Universität Kassel ein erstes Konzept im Februar 2022 auf den Weg gebracht. Darin wurde, entgegen der zunächst gruppenspezifisch gedachten Armutsfokussierung, das Thema städtische Armutspolitik breiter angegangen. Die allgemeine Zielsetzung des Paktes sollte sich darauf fokussieren einen Weg zu finden, wie die bestehende Förderlandschaft noch stärker sozialräumlich, kooperativ und interdisziplinär vernetzt werden kann. Dem liegt ein Verständnis vorbeugender Armutspolitik zugrunde, das nicht in monetären Transferleistungen aufgeht. Vielmehr wird eine erfolgreiche Armutspolitik auch als „Bildungs-, Gesundheits-, Infrastruktur- und Arbeitsmarktpolitik“ aufgefasst (Stadt Kassel o.J.).

Geplant war dazu in einer Einführungsphase eine Auftaktveranstaltung sowie die Schaffung eines arbeitsfähigen Gremiums, indem sowohl städtische als auch zivilgesellschaftliche Akteure repräsentiert sind (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Erster Organisationsentwurf für den Pakt gegen Armut



Quelle: eigene Darstellung.

In dem später entworfenen Organigramm des Paktes wurde mit dem Paktrat ein solches Steuerungs- und Koordinationsgremium geschaffen, dem wiederum vier Paktforen untergeordnet wurden. Ilona Friedrich merkte dazu an, dass „[i]m Paktrat (...) alle Stränge unserer Arbeit zusammen[laufen]. Hier werden die Ideen und Initiativen aus den Foren vorgestellt, diskutiert und erfolgversprechende Ansätze in den politischen Entscheidungsprozess eingespeist“ (Stadt Kassel o.J.). Der Paktrat umfasst hierbei die Leitung des Sozialdezernates (Vorsitz des Paktes), den Paktkoordinator, die wissenschaftliche Begleitung unter der Leitung von Prof. Dr. Schroeder und die Forumssprecher:innen. Beteiligt sind damit

einerseits städtische (Dezernate, Kommunale Arbeitsförderung, Jobcenter) und andererseits zivilgesellschaftliche Akteure (Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Wohnungsbaugesellschaft). Die Zusammensetzung des Paktrates spiegelt zum einen die arbeitsteilig-versäulte kommunale und zum anderen das komplexe städtisch-institutionelle Geflecht wider. Der Querschnitt durch die städtischen und stadtgemeinschaftlichen Akteure ist damit im Pakt sowohl vertikal als auch horizontal angelegt. So sind einerseits das dem Sozialdezernat unterstellte Sozialamt und die Kommunalen Arbeitsförderung (vertikal) sowie das dem Sozialdezernat im Magistrat gleichgestellte Dezernat V für Jugend, Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit der Stadt Kassel (horizontal) im Paktrat beteiligt. Entsprechend der parteipolitischen Besetzung wie auch der behördlichen Funktionslogiken, institutionellen Selbstverständnisses und der tradierten Lösungsansätze können sich im Paktrat unterschiedliche Interessenlagen manifestieren. Darüber hinaus hat auch das nach SGB II mischfinanzierte „Jobcenter Stadt Kassel“ einen Sitz im Paktrat, wodurch auch die bundespolitische Ebene in den Prozess eingebunden ist. Zusätzlich stehen diesen staatlichen Akteuren kirchliche, gemeinnützige und privatwirtschaftliche Akteure gegenüber, die ebenfalls eigene Vorstellungen, Interessen und Lösungsansätze einbringen. Der Pakt kann nur als eigenständiger und durchsetzungsfähiger Akteur in Erscheinung treten, wenn der Paktrat sich einig ist. Im Rat können die Mitglieder eigene Impulse geben, es müssen aber aus Gründen der Handlungsfähigkeit und Legitimation weitestgehend einheitliche Entscheidungen erarbeitet werden. Es ist daher die Aufgabe des Paktkoordinators, diese Interessen moderieren, konsensfähig zu machen und damit möglichen Konflikten vorzubeugen. Die Querschnittsstelle zwischen diesem Entscheidungsgremium und der Basis des Paktes, den Foren, sind die Forumssprecher:innen. Jedem Forum stehen zwei Forumssprecher:innen vor. Zwei Foren fokussieren dabei auf armutsbetroffene Gruppen (Paktforum Kinder- & Familienarmut/Paktforum Altersarmut) und die anderen beiden auf Sachthemen (Paktforum Wohnen/Paktforum Arbeit & soziale Teilhabe; vgl. Abbildung 2). Die Teilnahme an den Foren ist für alle Teile der Stadtgesellschaft geöffnet. Ein erstes Treffen des Paktrates zur Vorbesprechung und Konstituierung fand im Paktrat am 3. November 2022 statt.

Abbildung 2: Organigramm des Paktes gegen Armut



Quelle: eigene Darstellung.

Auftakt für den Pakt war die am 16. September 2022 stattfindende Paktkonferenz, an der mehr als 150 Personen teilgenommen haben (Stadt Kassel o.J.). In dem darauffolgenden Jahr haben die Paktforen in unterschiedlichen Rhythmen getagt und unter sich verschiedene Problembereiche und -felder der bisherigen Armutspolitik erarbeitet. Schnell wurden mehrere forumsübergreifende Hemmnisse der Armutspolitik identifiziert. Insbesondere wurde die Sichtbarkeit und Erreichbarkeit von Armutsbetroffenen problematisiert. Betroffenen Menschen schämten sich für die Annahme von (staatlichen) Hilfen und würden dadurch „unsichtbar“. Der dadurch induzierte soziale Statusverlust in Kombination mit dem gesellschaftlichen Anpassungsdruck führt zu einem Teufelskreis, indem sich die Betroffenen noch weiter sozial abschotten und ohne (äußere) Hilfe diesen Zustand nicht verlassen können. Eine erfolgreiche Paktarbeit, so wurde konstatiert, müsse unter anderem am Problem der Stigmatisierung ansetzen. Darüber hinaus wurde die Allokation und Koordinierung der zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen als Problem erkannt. Beispielsweise gibt es viele Projekte des Jugendamtes zur Erreichung von bulgarischen und rumänischen Gruppen, die auch von verschiedenen Initiativen und Projekten der Stadtgesellschaft auf gleiche Weise adressiert wurden. Verfolgt wurde das Ziel eine Beratung im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes von rumänischen und bulgarischen Personen durchzuführen, was durch die Parallelstrukturen sogar erschwert wurde. Zu Tage trat ein Koordinations- und Zielsetzungsdefizit.

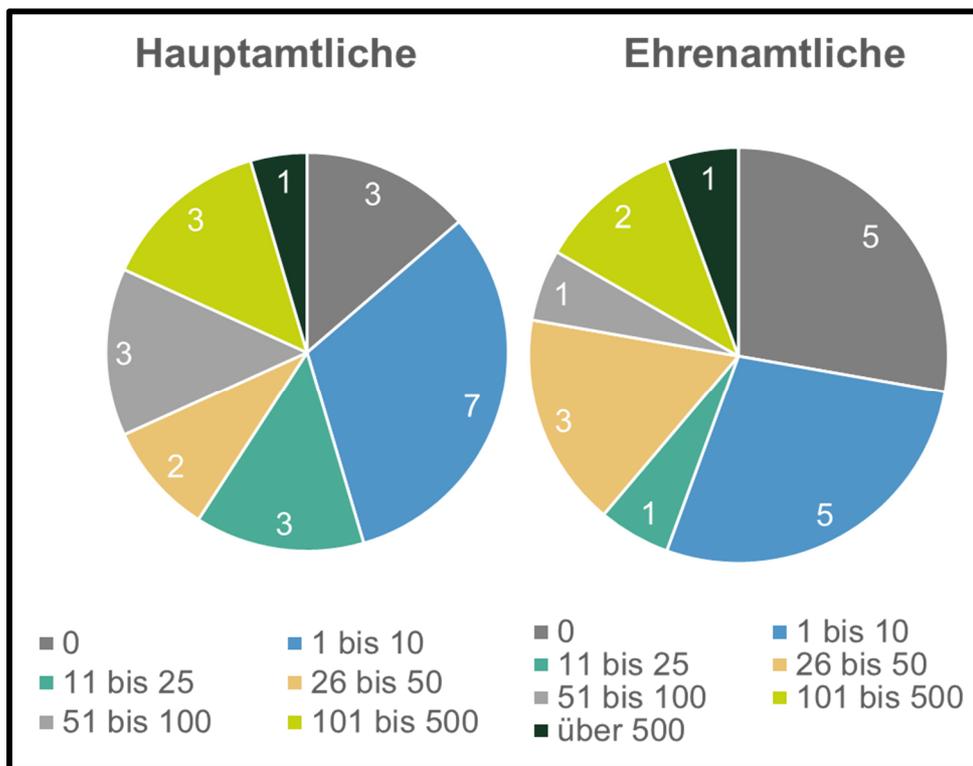
Der Paktrat befand sich in der Folge in einer Phase der Selbstfindung und war v.a. mit der Findung einer angemessenen Strategie des Paktes befasst. Das auf Basis von den Arbeiten von Raschke und Tils (2008, 2010) und Christopher Gohls (2010) dazu entworfene Strategiepapier (siehe Anhang Nr. X) des Teams um Wolfgang Schroeder sah vor, dass 1) die vertretenen heterogenen strategischen Kompassse, 2) die Orientierungsschemata und 3) die Kalkulationen im Paktrat konsensfähig gemacht und gebündelt werden. In einem weiteren Schritt wurde unter den Pakratsmitgliedern der Begriff der Armut präzisiert, um einen gemeinsamen Verständigung zu erzielen. Ausgangspunkt dafür ist eine zweidimensionale Betrachtung der Herausforderungslagen: Auf der einen Seite gilt es im kurzfristigen Planungshorizont die Stabilisierung der von Armutslagen betroffenen vulnerablen Gruppen zu verfolgen. Dazu gilt es die derzeitigen Herausforderungen anzugehen. Auf der anderen Seite gilt es Weichenstellungen für eine langfristige Ausrichtung des Paktes hin zu einer nachhaltigen Armutspolitik schaffen (siehe Anhang Nr. X). Auf dieser Basis wurden die Ergebnisse der Foren nochmal zusammen mit den Beteiligten der Paktkonferenz vom 21. Juni 2023 zusammengeführt und ein Magistratsentwurf vom Paktkoordinator in Rücksprache mit den Pakratsmitgliedern erstellt.

5 Blick der armutspolitischen Akteure in Kassel auf Sozialpolitik, Stadtpolitik und ihre eigenen Ressourcen

Der Pakt gegen Armut baut auf einer ausgeprägten, historisch gewachsenen Förderlandschaft auf, die die bisherige kommunale Armutspolitik der Stadt maßgeblich mitgestaltet. Um diese bestehenden Akteure, (Netzwerk-)Strukturen und Ressourcen wie auch deren wahrgenommene Defizite und Erwartungen an die Armutspolitik der Stadt Kassel für den Pakt nutzbar zu machen, hat das Team um Wolfgang Schroeder zwei Umfragen unter den Paktmitgliedern durchgeführt. Die erste Umfrage im August 2022 war eine Quotenstichprobe, in der die ausgewählten armutspolitischen Akteure in Zusammenarbeit mit der Stadt erstellt wurden. Ziel der Umfrage war es, einen Überblick über die ressourcentechnische Aufstellung der Akteure und deren Arbeitsweise sowie über die von ihnen artikulierten Verbesserungspotentiale an der bestehenden Armutspolitik zu generieren. Die zweite Umfrage vom Juli 2023 legte den Fokus auf die strategische Aufstellung des Paktes sowie die Selbstbilder der beteiligten Akteure und deren Bilder, die sie sich vom Pakt insgesamt machen (vgl. Tabelle 1).

Ein zentrales Ergebnis der ersten Umfrage war, dass Kassel eine ausgeprägte und heterogene Förderlandschaft besitzt, die über ein unterschiedliches Maß an finanziellen, materiellen und humanen Ressourcen zurückgreifen kann. So lag die Spannweite der hauptamtlich Beschäftigten zwischen 0 und 750, während die der ehrenamtlichen mit zwischen 0 und 5.000 Kräften noch stärker variierte (vgl. Abbildung 3). Das Angebot der beteiligten armutspolitischen Akteure reicht von Beratungsangebote bis hin zu konkreten Unterstützungs- und Hilfeleistungen.

Abbildung 3: Hauptamtliche und ehrenamtliche Beschäftigte (n = 22)



Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle 1: Umfragedesign

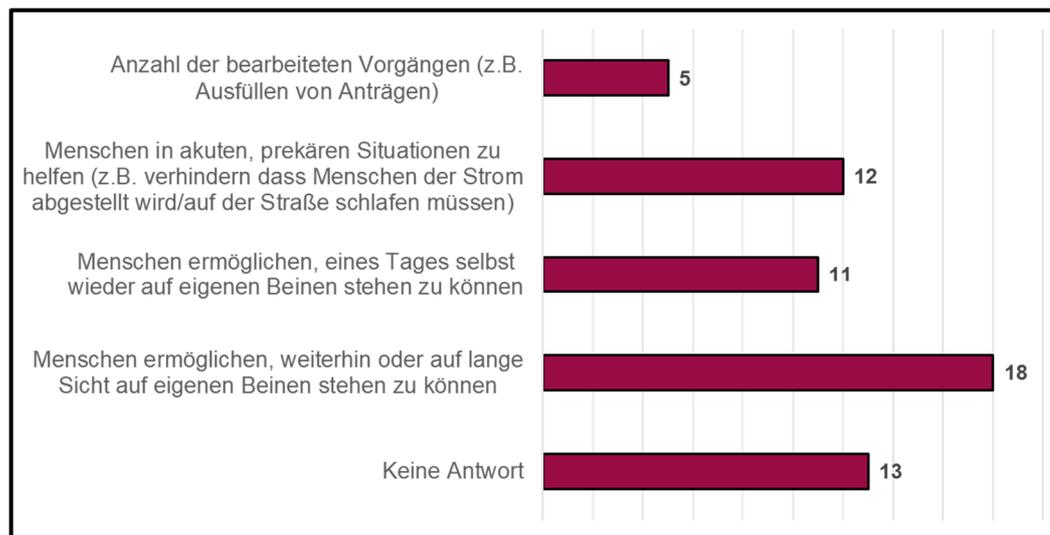
Untersuchungsdesign 2023		2022
Teilnehmende	49 Akteure (vollständige Antworten) 59 Akteure (unvollständige Antworten)	29 vollständige Antworten 16 unvollständige Antworten
Zeitraum	21.6. – 6.7.2023	5.8. – 19.8.2022
Auswahlverfahren	Akteure der letzten Umfrage, die bei der Paktkonferenz teilgenommen haben und die in Kooperation mit der Stadt in den letzten Jahren auf dem Feld der Armutspolitik aktiv waren.	Akteure, die in Kooperation mit der Stadt in den letzten Jahren auf dem Feld der Armutspolitik aktiv waren.
Strukturdaten der Befragten	Trägerschaften (n = 48) <ul style="list-style-type: none"> • Öffentlich: 14 • Privat: 4 • Gemeinnützig: 21 • Kirchlich: 9 	Hauptamtliche ø 85,9% Ehrenamtliche ø 13,1%
Methodik	Online-Fragebogen ø 15 min Beantwortungsdauer	

Quelle: eigene Darstellung.

Partner der armutspolitischen Anliegen der Akteure war mit großen Abstand die Stadt Kassel (72,7 Prozent). Daneben spielt für fast jeden Vierten von zehn Akteuren auch die Länder- (40,9 Prozent) und Bundesebene (36,4 Prozent) noch eine relevante Rolle. Andere regionale und (zivilgesellschaftliche) Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen, wissenschaftliche Institutionen) nehmen nur eine untergeordnete Rolle ein. Entsprechend arbeitet mehr als die Hälfte der Akteure mit der Verwaltung (59 Prozent) und Politik (50 Prozent) zusammen. Gleichzeitig arbeiten 55 Prozent mit anderen Verbände und die Hälfte (50 Prozent) mit Einzelpersonen zusammen.

Mehr als die Hälfte (54,5 Prozent) der Akteure greift auf selbstdefinierte Kriterien zur Erfolgsbeurteilung der eigenen Arbeit zurück. Aber auch wissenschaftliche (40,9 Prozent) und gesetzlich vorgegebene Kriterien (36,4 Prozent) werden herangezogen. In der zweiten Umfrage gehen die Akteure noch konkreter darauf ein, woran sie den Erfolg ihrer eigenen Arbeit bemessen. Die wenigsten halten die Anzahl der bearbeiteten Vorgänge als Erfolgsmaßstab fest, sondern die akuten Situationen für die Betroffenen abzufedern mit dem Ziel diese langfristig aus der Armut herauszuholen (vgl. Abbildung 4).

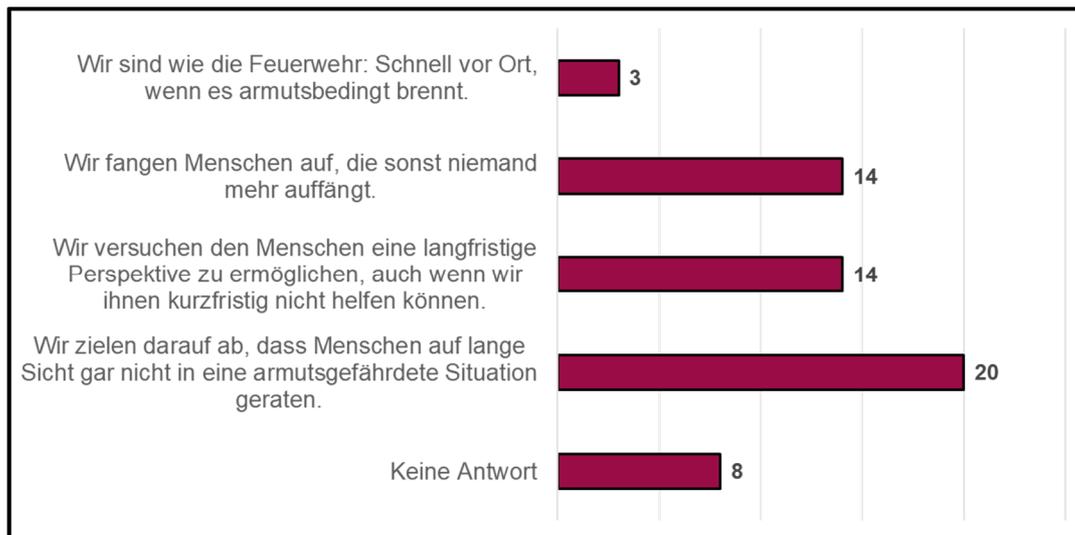
Abbildung 4: Anhand welcher Kriterien bemessen Sie vorrangig den Erfolg ihrer Arbeit? (Einfachnennung; n = 59)



Quelle: eigene Darstellung.

Entsprechend verfügen die armutspolitischen Akteure über ein Rollenverständnis als präventiv agierende Akteure, die sich für eine langfristige und vorbeugende Armutsbekämpfung engagieren (vgl. Abbildung 5).

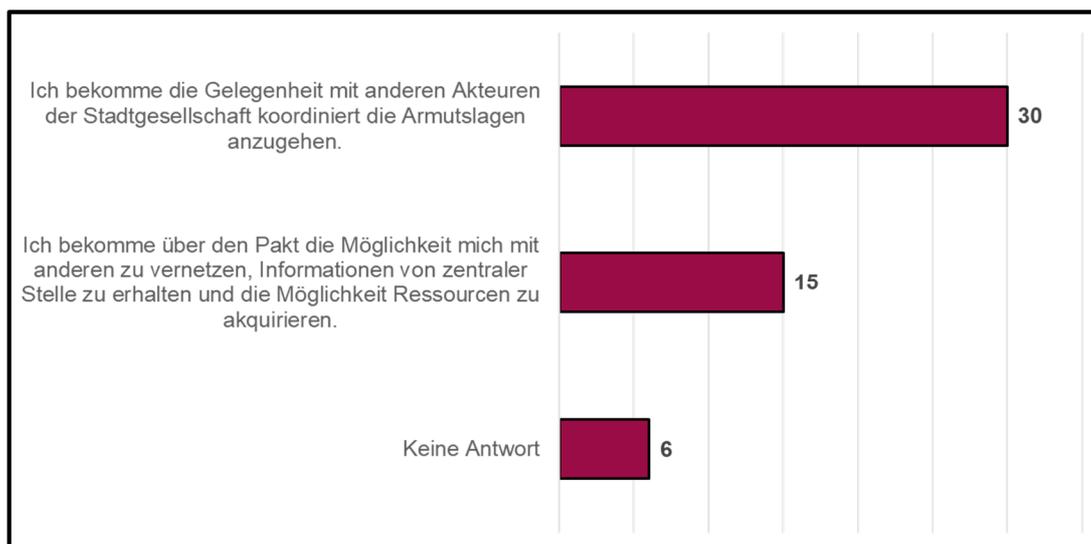
Abbildung 5: Mit welcher der folgenden Aussagen stimmt die Rolle ihrer Organisation/Einrichtung/Initiative am ehesten überein? (Einfachnennung; n = 59)



Quelle: eigene Darstellung.

In der Folge wird die Diskrepanz der Erwartungen einer nachhaltigen und langfristig orientierten Armutspolitik und der eigenen und städtischen armutspolitischen Infrastruktur auf den Pakt gegen Armut projiziert. So wird der Pakt in der zweiten Umfrage als erfolgsversprechender als die städtische Armutspolitik wahrgenommen. Mehr als zwei Drittel der Akteure (68,6 Prozent) engagieren sich im Pakt, weil sie damit die Hoffnung verbinden, dass es mit dem Pakt gelingt, eine auf lange Sicht ausgerichtete Armutsbekämpfung zu etablieren. Vom Pakt wird erwartet, dass dieser die Möglichkeit zur Koordination und Kooperation mit anderen Akteuren bietet (vgl. Abbildung 6).

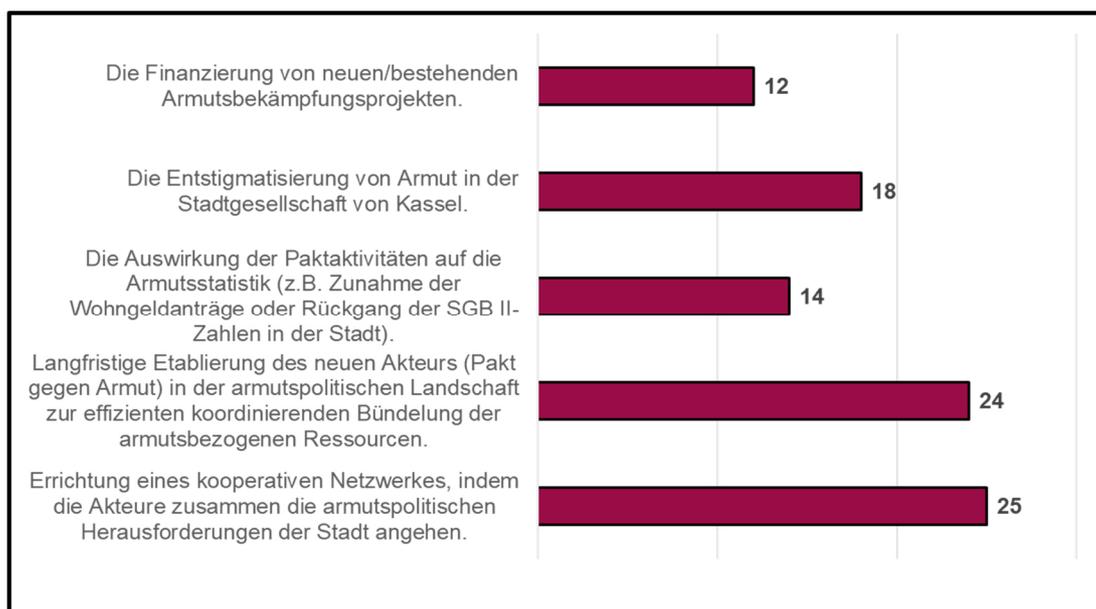
Abbildung 6: Was erwarten Sie von ihrer Beteiligung im Pakt? (Einfachnennung; n = 51)



Quelle: eigene Darstellung.

Übereinstimmend legt die Mehrheit der Paktmitglieder (59,6 Prozent) Wert darauf, dass sie in die Paktarbeit inkludiert werden sowie die strategische Richtung mitgestalten können. Gegenüber dieser stark ausgeprägten Input-Legitimation erwartet nur etwas mehr als ein Viertel (28,8 Prozent), dass der Pakt in erster Linie Ergebnisse produzieren soll (Output-Legitimation). Ebenso nimmt die Mehrheit (53,6 Prozent) den Pakt als ein kooperatives Bündnis wahr, während nur von jedem Sechsten (17,8 Prozent) dem Pakt einen politische Grundcharakter zuschreibt.

Abbildung 7: Was für einen Pakt gegen Armut braucht es Ihrer Meinung nach für die Armutspolitik der Stadt Kassel? (Mehrfachnennung; n = 93)



Quelle: eigene Darstellung.

Der Pakt bietet seinen Mitgliedern, wie oben beschrieben, die Möglichkeit nicht nur Teil des bestehenden Armutsregimes zu sein, sondern auch eine darüberhinausgehende Eigenwirksamkeit. Dies soll der Pakt aber auf zweierlei Weise: Auf der einen Seite soll als koordinierende Plattform für seine Mitglieder fungieren und sich auf der anderen Seite als ein eigenständiger Akteur etablieren und profilieren (vgl. Abbildung 7). Das dadurch aufgeworfene Spannungsverhältnis zwischen Mitglieder- und Einflusslogik muss durch ein gesamtheitliches Strategiekonzept in Rückkopplung zu seinen Mitgliedern erfolgen.

6 Diskussion und Ausblick

Der Kasseler „Pakt gegen Armut“ ist der Versuch eine kommunale Vernetzungsstruktur zu etablieren als Antwort auf eine angespannte armutspolitische Lage. Mittels gemeinsamer Zielsetzungen werden gemeinsame Verbindlichkeiten zwischen armutspolitischen Akteuren aus Zivilgesellschaft und Verwaltung geschaffen. Durch diese Vernetzung wird ihnen zugleich nach außen mehr Sichtbarkeit gegeben.

Die Erwartungen der Paktmitglieder an den Pakt stellen umgekehrt eine Herausforderung an die bottom-up-Orientierung des Bündnisses dar und verweisen zugleich auf ein Paradox der kommunalen Armutspolitik. Der Pakt ist ein Antwortversuch der Kommune auf ein sozialpolitisches Problem und sie agiert damit innerhalb ihres sozialpolitischen Kompetenzbereichs. Er ist der Umsetzungsversuch einer Strategie vorbeugender Sozialpolitik, insofern kurzfristige Armutsbekämpfung die kommunale Zuständigkeit überfordert. Ohnehin ist die Bedeutung der Kommune im sozialpolitischen Arrangement eher darin zu sehen, dass sie der Ort des direkten Kontakts mit den Klient:innen des Sozialstaats ist. In diesem Zusammenhang bleibt abschließend zu fragen, ob diese Vernetzungsstrategie, die, wie unsere Ergebnisse zeigen, in Kassel durchaus erfolgreich ausfällt, insgesamt eine sinnvolle Antwort auf das armutspolitische Problem ist, das eingangs beschrieben wurde (vgl. Abschnitt 2). Immerhin bleibt alternativ zu dem Vernetzungsprojekt die partielle Förderung einzelner Projekte im Zuständigkeitsbereich kommunaler Sozialpolitik – Stadtteilentwicklung, Quartiersmanagement, Kinderbetreuungs- und Bildungsoffensiven, Wohngeld- und Sozialhilfe-Offensiven etc. – möglich und denkbar. Solchen Einzelvorhaben gegenüber kann eine Netzwerkarbeit wie der Kasseler Pakt gegen Armut mit einigen nennenswerten Vorteilen punkten. Durch das städtische Engagement ist *erstens* die allgemeine Sichtbarkeit für eine gemeinsame, öffentliche Anstrengung in der Armutspolitik sichtbar und damit Gegenstand eines öffentlichen Diskurses. Der Pakt gegen Armut etabliert, *zweitens*, Bedingungen für Lernprozesse aller Akteure, die mit Armut in Kontakt kommen. Zu diesem Lernprozess gehört auch, dass, *drittens*, die Bezugnahme der Akteure zueinander verbessert wird. Insgesamt geht von einer etablierten Netzwerkarbeit wie dem Pakt gegen Armut eine nicht gering zu schätzende Sichtbarkeit und ein öffentlichkeitswirksames Signal aus, dass Armut anerkannt und zum Gegenstand einer breiten, zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Aktion wird.

Gleichwohl bewirkt auch ein Pakt gegen Armut weder einen „Ruck“ in der Armutspolitik noch steht zu erwarten, dass mit ihm Armut mittelfristig auch nur verringert wird. Umso wichtiger ist, dass eigene Maßstäbe zur Er- und Bemessung seines Erfolgs gefunden und herangezogen werden müssen. Eine übergeordnete Zielsetzung „Armut abzubauen“ reicht jedenfalls für eine angemessene Evaluierung von Netzwerkstrategien ebenso wenig hin, wie für gezielte Projektförderungen. Immerhin hängt die Zu- oder Abnahme von Armutskenntzahlen von vielen Faktoren ab: Migration, staatliche Leistungen und Reformen (vgl. Kindergrundsicherung), lokale privatwirtschaftlichen Entwicklungen etc. In anderen Worten: Um den Kasseler Pakt gegen Armut weiter angemessen begleiten und angemessen evaluieren zu könne, bedarf es Bewertungskriterien, die der Eigentümlichkeit des Paktes gerecht werden. Sie können einerseits am Problem der Nichtinanspruchnahme von – nicht nur – kommunalen Sozialleistungen ansetzen; sie können am Gelingen von Vorhaben langfristiger Bildungssozialisationsvorhaben und/oder

dem Vertrauensaufbau in den Sozialsat bestehen; sie können möglicherweise nur oder vornehmlich auf der Ebene der einzelne Pakt-Akteure sichtbar werden, d.h. beispielsweise daran, ob es zu einer Entstigmatisierung von Armut im Umgang der Organisationen mit ihren Klient:innen oder auf den Ämtern gekommen ist. Unsere Ergebnisse zeigen jedenfalls, dass einiges dafürspricht, den Erfolg des Paktes auf diesen Ebenen zukünftig zu bemessen, damit sich Kassel ein realistisches Bild vom eigenen Erfolg seiner Armutspolitik zu machen vermag.

Anhang

Anhang Nr. 1: Strategie des Paktes gegen Armut der Stadt Kassel

Strategien sind unverzichtbar für mittel- und langfristige Planungs- und Handlungskoordination in einem demokratischen Miteinander. Erfolgreich sind kollektive Strategien, wenn beständig die Motivationen und Übereinkünfte der beteiligten Akteure evaluiert werden und entsprechende Anpassungen möglich sind. Eine konsensuale Motivation zur strategischen Zielorientierung baut auf gleichgelagerten Werten und einem ausgewogenen Reflexionsklima im Kollektiv auf. So lassen sich strategierelevante Ressourcen identifizieren, konzentrieren und zielgerichtet einsetzen.

Für den Kollektivakteur *Pakt gegen Armut* der Stadt Kassel ist eine entsprechende Strategiebildung daher unablässig. Seine Strategiefähigkeit setzt die **Selbstorganisation** der einzelnen und institutionellen Akteure voraus. Dazu ist es wichtig ein strategisches Zentrum zu entwickeln. Dieses soll in der Lage sein eine strategische Zielvorstellung vorzugeben, taktische/operative Steuerung zu betreiben und Selbstreflexion zu moderieren. Konkret ist darunter zu verstehen, dass 1) die vertretenen heterogenen strategischen Kompassse, 2) die Orientierungsschemata und 3) die Kalkulationen konsensfähig und gebündelt werden.

Zu 1) Unter den verschiedenen *strategischen Kompassen* ist ein kognitiv-normatives Hilfsmittel zu verstehen, das sich jeder Akteur auf Basis seiner/ihrer Wertekorsetze und Ziele zusammenbaut. Dies gilt insbesondere für Institutionen und Organisationen mit ihren durchaus unterschiedlichen Vorstellungen und Auffassungen von Armut und wie sie zu bekämpfen ist. In diesem Kontext ist es für den Paktrat entscheidend, folgende Fragen zu klären:

- **Was ist Armut?**

Es braucht einen vereinheitlichten Armutsbegriff im Pakt, mit dem die Mitglieder übereinstimmen. Dazu muss dieser für alle nachvollziehbar begründet sein.

- **Welches Ziel sollte der Pakt anstreben?**

Es braucht klare und überprüfbare Ziele (Indikatoren), die der Paktrat festlegt. Eine Roadmap sollte dazu formuliert werden, die sowohl die heterogenen Ansichten berücksichtigt als auch die Verpflichtungsabsichten der Akteure widerspiegelt.

Zu 2) Das *Orientierungsschema* beschreibt die Rahmen- und Kontextbedingung: Zeithorizonte (z.B. terminlich-verbindliche Vorgaben) und Arenenlogiken (z.B. städtischer Akteurskontext in der Armutspolitik). Dazu müsste der Paktrat für sich folgendes definieren:

- **In welchen Rahmen können und wollen wir tätig werden?**

Es braucht eine übereinstimmende Betrachtung der Pakratsmitglieder darüber, auf welcher (politischen) Ebene sie agieren wollen. Dies ist zentral, um das institutionalisierte Feld aus Akteuren mit (zugeschriebenen/eigenen) Erwartungen, der Akteurskonstellation und deren Interaktionsformen bestimmen zu können. Daraus lassen sich konkrete Wirkungsmechanismen und Sollbruchstellen der Kasseler Armutspolitik auf Optimierungspotentiale analysieren.

- **In welchen Zeitraum sollen erste Etappenziele vorliegen?**

Die gemeinsamen Ziele sollten in ihren einzelnen Etappen zeitlich fixiert sein. Das gilt vor allem für die Teilziele, die sich aus den übergeordneten Zielen ableiten. Dies schafft eine überprüfbare und nachvollziehbare Orientierung für die Adressaten des Paktes und seine eigenen Mitglieder.

Zu 3) neben diesen Ziel- und Orientierungsgrößen spielt die *Kalkulation* eine entscheidende Rolle. Diese stellt einen Wirkungszusammenhang zwischen avisierten Zielen, vorhandenen Ressourcen und relevanten Kontextbedingungen dar. Der Pakt bedarf einer Übersicht über den derzeitigen Stand der Armut- und Armutspolitik sowie eine bewertende Einschätzung über deren kausale Zusammenhänge:

- **Welche Ressourcen stehen den Pakt zur Verfügung?**

Es braucht eine Analyse der Ausgangslage über die bestehenden und frei verfügbaren Mittel: Über die bereits gebundenen Mittel der Stadt/ der Zivilgesellschaft und darüber, zu welchem Zweck die einzelnen Mittel verwendet werden. Zudem braucht es nicht nur eine Übersicht über die Projektlandschaft, sondern auch über die Fördermittellandschaft.

- **Welche Ziele sind realistisch umsetzbar und wo gilt es anzusetzen?**

Der Pakt braucht wissenschaftlich vorgegebene Kriterien und Instrumente, um abschätzen zu können, wo die Mittel am meisten gebraucht werden und wie effizient diese an den entsprechenden Schnittstellen wirken können. Dazu braucht es eine Bestandaufnahme über die zentralen Problemfelder in der Stadt Kassel, bei der die Ratsmitglieder übereinstimmen.

Anhang Nr. 2: Zur Armutsdefinition und strategischen Ausrichtung des Paktes gegen Armut der Stadt Kassel

Die Verständigung über einen Begriff von Armut ist auf mehreren Ebenen für eine nachhaltige Armutsbekämpfung von großer Bedeutung:

- Für die **empirische Betrachtung**: Eine empirisch (quantitative) Operationalisierung von Armut braucht eine Festlegung auf für relevant gehaltene Armutsindikatoren und Schwellenwerte (z.B. Median des Netto-Äquivalenzeinkommens)¹. Dies betrifft auch die Evaluation des Paktes und die interne Verständigung auf messbare Ergebnisse (z.B. Zunahme von Wohngeldanträgen). Armutsindikatoren wiederum prägen das Bild von Armut in der Gesellschaft maßgeblich.
- **Benennungs- und Repräsentationsmacht**: Die Art und Weise wie wir über Armut sprechen, welche Phänomene wir damit fassen und welche nicht, hat eine politische Tragweite. Begreifen wir Armut beispielsweise nur als monetäre Einkommensarmut oder als ein Phänomen weitgespannter Einschränkungen von Verwirklichungschancen im Leben? Im letzteren Fall geraten zwangsläufig auch die Langzeitfolgen von Kulturarmut, Nahrungs- und Gesundheitsarmut, Bildungs- oder Wohnungsarmut in den Blick und müssen mitbeachtet werden.
- Außerdem stellt sich die Frage: Thematisieren wir Armut als **individuelle Schicksalslage** oder als **gesellschaftlich hervorgebrachtes Phänomen**? Moralisieren wir Armut und reagieren beispielsweise nur mit Maßnahmen zur Armutslinderung, oder nimmt sich eine Stadtgesellschaft der langfristigen Bekämpfung von Armut in allen ihren Facetten und Erscheinungsformen an?

Zusammengefasst: Es gibt nicht das eine und richtige Konzept zur wissenschaftlichen Beschreibung und sozialpolitisch-zivilgesellschaftlichen Bekämpfung von Armut. Armutsdefinitionen und -verständnisse sind abhängig von der gestellten Forschungsfrage oder, wie im Falle des Paktes, der Zielsetzung und strategischen Ausrichtung koordinierter Armutspolitik.

¹ In der EU-weit harmonisierten Messung der *Armutsgefährdungsquote* wird als Kernindikator das Nettoäquivalenzeinkommen verwendet. Definiert ist die Armutsgefährdungsquote als der Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Median des Nettoäquivalenzeinkommens der Bevölkerung eines Landes beträgt. Die Berechnung des *Nettoäquivalenzeinkommens* erfolgt auf der Befragung des Mikrozensus zum tatsächlich erzielten Haushaltsnettoeinkommens des Vorjahrs von allen Mitgliedern eines Haushaltes. Im nächsten Schritt wird das Haushaltsnettoeinkommen durch einen Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala: die Bedarfsgewichtung der ersten erwachsenen Person im Haushalt wird eine 1 zugeordnet und den restlichen Haushaltsmitgliedern wird nach Altersstufen eine Gewichtung von <1 beigemessen) auf die Personen verteilt, um sowohl die interne Haushaltsstruktur als auch Einsparungseffekte des gemeinsamen Wirtschaftens zu berücksichtigen. Die Verteilung des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens eines Landes wird durch den Median dargestellt. Der *Median* („mittlerer Wert“) ist ein statistisches Lagemittel zur Verteilungsbeschreibung einer aufsteigend geordneten Datenreihe. Ober- bzw. unterhalb des Medians liegt jeweils die Hälfte der Fälle.

Für den Pakt bedeutet dies konkret, dass drei Ebenen der Evaluation, der strategischen Ausrichtung und der öffentlichen Wahrnehmung unterschieden werden müssen und entsprechend unterschiedliche Armutsbegriffen nebeneinander zur Anwendung kommen können:

- Messbare **Kurzzeitergebnisse**: Der Pakt strebt messbare Ergebnisse für eine evaluative Selbstbestimmung an. Hier können kurzfristige Erfolge gemessen werden, bspw. kann anhand der Anzahl ausgefüllter Wohngeldanträge der Erfolg des Paktes punktuell über die Inanspruchnahme kommunaler Leistungen eruiert werden. Diese evaluative Selbstverortung darf aber nicht mit der langfristig-strategischen Ausrichtung des Paktes gleichgesetzt werden.
- **Langfristig-nachhaltige Ausrichtung** des Paktes: Die langfristig-nachhaltige Ausrichtung des Paktes muss den Blick über die Inanspruchnahme von Leistungen hinaus weiten. Auf dieser Ebene geraten Fragen in den Blick, wie Chancenverwirklichungen in Abhängigkeit unterschiedlicher Erfahrungsdimensionen von Armut langfristig ermöglicht werden können. Sie erschöpft sich nicht in aktuellen und punktuellen Erfolgen der Integration von Armutsbetroffenen in das soziale Leistungssystem. Vielmehr geht es um langfristige Erfolge bspw. im Bereich Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarktintegration. Eine verbindende Zielsetzung des Paktes könnte eine auf diese Weise zu verstehende nachhaltige Armuts politik sein.
- **Außenwahrnehmung**: Nach außen wiederum akzentuiert der Pakt eine nachhaltige Armuts politik als bottom-up Prozess. Dabei werden die Erscheinungsformen von Armut – die sich keineswegs in monetärer Einkommensarmut erschöpfen müssen – in den Bereichen Wohnen, Kinder- und Familienarmut, Altersarmut und soziale Teilhabe berücksichtigt und gezielt angegangen. Auf diese Weise zeigt der Pakt, über ein differenziertes und mehrdimensionales Verständnis von Armut zu verfügen.

Positionierung des Paktes gegen Armut in der städtischen Armuts politik

Der bürger:innenfreundliche Sozialstaat auf kommunaler Ebene muss einerseits die notwendigen und andererseits die hinreichenden Voraussetzungen für eine kurzfristig stabilisierende und langfristig-nachhaltige städtische Armuts politik schaffen. Während die bisherigen förder- und sozialpolitischen Strukturen in ihrer jeweiligen armutsbekämpfenden Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Kohäsion zwar unabdingbar sind, kann der Pakt als **gesamtheitlicher Koordinationsansatz** einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen, der über die Summe der einzelnen armuts politischen Initiativen, Projekte und Netzwerke hinausgeht. Der Pakt bietet die Befähigung der städtischen Akteure sich dem Phänomen der Armut in seinem multidimensionalen Auftreten zu nähern. Armut kann infolge sowohl individueller (u.a. Bildungsstand, Familiensituation, Gesundheitszustand) als auch struktureller Ursachen (u.a. wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsmarktstruktur/-wandel, Gentrifizierung) auftreten. Um der Vielzahl an Armutsursachen gerecht zu werden, braucht es einen Dreischritt bei der

die notwendige und die hinreichende Bedingung der Armutsbekämpfung sowie die Einrahmung der Handlungsspielräume/-optionen in einen städtischen Kontext berücksichtigt.

Ausgangspunkt dafür ist eine **zweidimensionale Betrachtung der Herausforderungslagen**: Auf der einen Seite gilt es im **kurzfristigen Planungshorizont** die **Stabilisierung** der von Armutslagen betroffenen vulnerablen Gruppen zu verfolgen. Dazu gilt es die derzeitigen Herausforderungen anzugehen. Gerade, weil Armut so umfassend ist, kann aufbauend auf den bereits entwickelten Ansätzen aus den Foren und den Forumssprecher:innen angesetzt werden. Handlungsziel ist es systemische Zugänge zu den Betroffenen weiter auszubauen und eine Bündelung/Weiterentwicklung der Angebotslandschaft wie auch Informations-/Antragsverbreitung, -aufbereitung und -verarbeitungsangebote vorzunehmen.

Auf der anderen Seite gilt es Weichenstellungen für eine **langfristige Ausrichtung** des Paktes hin zu einer **nachhaltigen Armutspolitik** schaffen. Diese soll entgegen notwendigen Bedingung nicht nur armutsgefährdete Gruppen absichern und die Armutslagen abfedern, sondern in dreifacher Hinsicht sich zukünftigen: 1) proaktiv und präventiv zukünftige Herausforderungen (u.a. Trends wie Klimawandel und Digitalisierung; kurzfristige Schocks wie z.B. steigende Inflation; usw.) angeht und 2) Menschen Chancen bereitstellt, indem die derzeitige städtische Ausgangslage so ausgestaltet wird, dass sie diese auch ergreifen können. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass in erster Linie langfristig angelegte institutionelle Umstände – durch bspw. Vernetzung von Ausbildungsberatung, Schulen, Jobcenter und Unternehmen beim Thema Arbeit – zu schaffen sind, die es den Menschen erleichtern und ermöglichen an Bildung, Kultur, Gesundheit und Arbeit zu antizipieren, um die Chance auf ein gutes Leben realisieren zu können.

In welchen zeitlichen Umfang und wie im konkreten Ablauf der kurzfristige und der langfristige Planungshorizont fixiert werden soll, gilt es vom Pakt zu entscheiden und stetig diese Entscheidung zu evaluieren und entsprechend anzupassen. Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass die rechtlichen, politischen, finanziellen und materiellen Ressourcen einer Stadtgesellschaft begrenzt und beschränkt sind. Dies bleibt bei den Überlegungen stets zu berücksichtigen.

Anhang Nr. 3: Interview mit Iona Friedrich

I. Persönlich – Armutspolitik allgemein

Welche politischen Überzeugungen treiben Sie in Sachen Armutspolitik an?

Armut ist Teil der modernen Gesellschaft. Die Aufgabe verantwortlicher sozialer Politik besteht darin, Armut, wenn möglich, zu verhindern, abzubauen und die Lebenschancen der Betroffenen zu verbessern. Es müssen Strategien und Maßnahmen entwickelt werden, mit dem Ziel, von Lebensbeginn an eine stabile Ausgangssituation zu schaffen. Das beginnt schon damit, dass der Zugang zu Regeleinrichtungen wie Kitas für Kinder und Familien gestärkt und verbindlich gewährleistet sein muss. Es müssen Orte geschaffen werden, die allen zu Gute kommen und die Stigmatisierungen abbauen.

Um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, brauchen Armutsbetroffene eine eigene und vor allem auskömmliche, materielle Basis. Sie müssen gezielt unterstützt und entlastet werden. Die beste Prävention gegen Armut ist der Zugang zu nachhaltiger Bildung für alle, aus der üblicherweise die Möglichkeit der Arbeit resultiert. An den Regelsätzen können wir als Kommune nichts ändern, aber wir können sehr wohl auch mit kommunaler Schwerpunktsetzung die gesellschaftliche Teilhabe stärken und die Lebenschancen von Menschen in unserer Stadt verbessern.

II. Konkrete Situation in Kassel

In Kassel gibt es nicht nur eine hohe Zahl von Armutsbetroffenen, sondern auch eine große Zahl an armutsgefährdeten Menschen, also solche, die an der Grenze stehen und drohen in Armut zu rutschen und dort dauerhaft zu bleiben. Wie erklären Sie sich diese hohen Armutsquoten in Kassel?

Tatsächlich sind diese Quoten die höchsten unter den hessischen Großstädten. Das hat unter anderem einen besonderen Grund: Die Werte stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der landesweiten Verteilung von Schutzsuchenden. Laut des Statistischen Bundesamts hat die Stadt Kassel am Stichtag 31.12.2021 in Relation zur Einwohnerzahl deutlich mehr - teilweise sogar über dreimal so viel - Schutzsuchende aufgenommen wie die anderen hessischen Großstädte. Dies bedingt auch, dass die Zahl armer und von Armut bedrohter Kinder entsprechend angestiegen ist. Dabei ist zu beachten, dass zu diesem Zeitpunkt Menschen aus der Ukraine noch gar nicht eingerechnet sind. Das entlastet uns aber natürlich nicht aus der Verantwortung für die betroffenen Menschen in unserer Stadt. Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahrzehnten ein überproportional hoher Anteil an Beschäftigten im Niedriglohnsektor tätig war, gleichzeitig war Kassel bis 2005 mit 19,2% von sehr hoher Arbeitslosigkeit betroffen, danach sank die Quote langsam, aber kontinuierlich. Diese Faktoren haben natürlich entscheidenden Einfluss auf die lokale Rentenhöhe und damit auf den Anstieg der Altersarmut.

Was wurde im Umfeld der Paktgründung diskutiert, um die besondere Belastung in Kassel besser angehen zu können?

Uns wurde sehr schnell bewusst, dass wir diese Aufgabe nur erfolgreich stemmen können, wenn wir die städtische Zivilgesellschaft mitnehmen. Und dies nicht nur zum Applaudieren oder Abnicken, sondern als aktive Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe. Das hat bislang auch gut funktioniert: Knapp 130 Aktive zählt aktuell der Pakt, darunter Vertreterinnen und Vertreter verschiedener sozialer Arbeitsbereiche, aus Wohlfahrtsverbänden, Religionsgemeinschaften sowie aus Politik, Wirtschaft und Stadtgesellschaft. Auch ein zweiter Gesichtspunkt wurde intensiv diskutiert: Da das Niveau von Transferzahlungen von uns als Kommune nicht beeinflussbar ist, müssen wir andere Wege finden, um einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenslagen armer und von Armut betroffener Menschen zu leisten. Vor allem aber müssen wir Menschen dazu bewegen, ihnen zustehende Leistungen auch in Anspruch zu nehmen. Diese sind keine Almosen, sondern gutes Recht.

Wie haben Sie die Initiative für den Pakt gegen Armut auf den Weg gebracht?

Zunächst haben wir das fachliche Knowhow der Universität Kassel eingeholt, die uns in der Gründungsphase sehr unterstützt hat und jetzt den Pakt wissenschaftlich begleitet. In dieser Phase wurde ein grundsätzliches Konzept entwickelt und eine Startveranstaltung konzipiert, die dann im September 2022 im Bürgersaal des Kasseler Rathauses durchgeführt wurde. Das mediale Interesse war riesig. Teilgenommen hatten über 160 Menschen aus allen Bereichen der Stadtgesellschaft, die den einleitenden Vorträgen der Soziologin Jutta Allmendinger und des Politologen Wolfgang Schroeder aufmerksam folgten. Die meisten von ihnen arbeiten immer noch aktiv im Pakt mit.

Welche Hindernisse waren zu überwinden, welche besondere Unterstützung haben Sie erhalten, um dieses Projekt auf den Weg zu bringen?

Ein Problem war sicherlich, dass es bundesweit keine echten Vorbilder für ein solches Vorhaben gab. Wir konnten also nicht auf die Erfahrungen anderer Kommunen zurückgreifen und haben deshalb das Konzept zusammen mit einer Meilensteinplanung unter Mitwirkung der Universität und hausinterner Expertinnen und Experten entwickelt. Es wurden erfreulicherweise städtische Haushaltsmittel für den Pakt zur Verfügung gestellt. Besonders beeindruckt bin ich von einem anonymen Spender, der weit vor der Startveranstaltung 100.000,00 Euro für den Pakt zur Verfügung gestellt hat. Diese wurden zur Grundlage unseres Paktprojekts „Pakthilfe“, mit dem Vereine und Institutionen unterstützt werden, die tägliche Hilfe für Bedürftige leisten. Auch andere Unternehmen und Institutionen fördern mittlerweile die „Pakthilfe“.

III. Besondere Konstruktion des Paktes

Wie ist der Pakt aufgebaut?

Herzstück des Paktes sind die Paktforen. Diese kümmern sich um die Handlungsbereiche Wohnen, Energie- und Lebenshaltungskosten, Kinder- und Familienarmut, Altersarmut sowie Arbeit. Die Sprecherinnen und Sprecher der Foren bilden zusammen den Paktrat unter dem Vorsitz der Sozialdezernentin. Dieser trifft sich mindestens viermal im Jahr. Der Rat speist die in den Foren erarbeiteten Vorhaben

des Pakts in den politischen Entscheidungsprozess ein und kümmert sich um deren Umsetzung. Zweimal jährlich treffen sich alle Mitglieder der Paktforen zu einer Paktkonferenz, auf der sie ihre Arbeitsergebnisse vorstellen und über neue Ansätze diskutieren. Das Projekt „Pakthilfe“ wird ein eigenes Forum erhalten. Ich bin sehr froh, dass wir mit Carsten Höhre, dem ehemaligen Leiter der Kommunalen Arbeitsförderung, einen hoch kompetenten, überaus engagierten und gut vernetzten Koordinator gefunden haben. Die Paktkoordination ist als Stabsstelle bei mir als Dezernentin angesiedelt.

Was hat Sie besonders überrascht beim Aufbau des Paktes?

Ich bin vor allem vom anhaltenden Engagement aller Akteurinnen und Akteure überrascht. Wir sind ursprünglich von maximal 60 Aktiven ausgegangen und hatten eher vermutet, dass diese Zahl noch zurückgeht, tatsächlich aber ist sie gegenwärtig mehr als doppelt so hoch. Das ist auch ein Indikator dafür, dass die Beteiligten aus vielen sozialen Institutionen den Pakt nicht als Konkurrenz, sondern als sinnvolle gemeinsame Plattform im Kampf gegen Armut wahrnehmen. Die große Zahl der Akteure begründet nachdrücklich den Ansatz, Ressourcen und Aktivitäten auf kommunaler Ebene zu identifizieren und zu vernetzen sowie die Notwendigkeit gemeinsamer Abstimmung lokaler Armutsbekämpfung und Armutsprävention.

IV. Zwischenbilanz

Wo steht der Pakt jetzt?

Das vergangene Jahr war ein Jahr intensiver Arbeit. Es ist mir aber auch wichtig zu betonen, dass wir zwar konzeptionell, nicht aber inhaltlich bei Null angefangen haben. Die Stadt und die Zivilgesellschaft engagieren sich seit langer Zeit in vielfältiger Weise gegen Armut. Der Pakt wurde ja auch deshalb gegründet, um dieses Engagement zu bündeln und wirkungsvoller einzusetzen. Nach dem Start wurde eine Bestandsaufnahme vorgenommen: In den Pakt-Foren wurden bestehende Ressourcen und Aktivitäten des jeweiligen Handlungsfelds identifiziert sowie erste neue Ansätze zur lokalen Armutsbekämpfung und Armutsprävention entwickelt. Dazu konnten mit dem schon benannten Projekt „Pakthilfe“ Vereine und Institutionen in ihrer für die Stadtgesellschaft wichtigen Arbeit unterstützt werden. Dann trat die Arbeit des Pakts in eine neue Phase, in der eine Gesamtstrategie, ein adäquates Leitbild und notwendige strategischen Zielsetzungen entwickelt wurden. Das Ergebnis ist unser Strategiepapier, welches in die politischen Gremien der Stadt gegeben wurde und dem fast einstimmig vom Magistrat, dem Sozialausschuss sowie dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zugestimmt wurde. Am 16. Oktober 2023 wird es nun auf deren Empfehlung der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgelegt. Auf der Paktkonferenz am 18. Oktober werden die Grundlagen für einen Aktionsplan gegen Armut inklusiv konkreter Handlungsempfehlungen gelegt. In summa: Wir liegen gut im Zeitplan!

V. Perspektive

Und wenn Sie jetzt ein Jahr nach vorne blicken: Vor welchen Herausforderungen steht der Pakt? Was wollen Sie ihm mit auf den Weg geben?

Die Bekämpfung der Armut in Kassel erfordert einen langen Atem. Dies bedeutet auch, dass die Paktarbeit längerfristig personell wie finanziell abgesichert sein muss. Eine Verstetigung dieser Arbeit ist aus meiner Sicht unabdingbar. Es ist wichtig, dass der Aktionsplan des Pakts die Zustimmung der Kasseler Stadtverordnetenversammlung findet. Sollte dies so sein – und ich gehe fest davon aus – dann müssen die beschlossenen Handlungsempfehlungen natürlich auch in konkrete Vorhaben zur Armutsbekämpfung und -prävention münden. Diesen Prozess zu gestalten, wird eine der wichtigsten Aufgaben sein. Gleichzeitig gestattet uns dieses Verfahren, zukünftig anhand der Umsetzung dieser Vorhaben den Erfolg kommunaler Politik gegen Armut zu messen. Die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure wird weiter intensiviert und die Transparenz der Arbeit des Paktes durch Newsletter und regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit gewährleistet werden. Zukünftig müssen aber auch die Perspektiven von armutsbetroffenen Menschen in unserer Stadt in ihrer Vielfalt stärker berücksichtigt werden. Denn Armut hat viele Dimensionen. Wer permanent auf Möglichkeiten verzichten muss, die für andere selbstverständlich sind, verliert die Hoffnung, erleidet Scham und zieht sich zurück. Die Gefahr der Vereinsamung ist hoch. Auch die Angst vor Armut belastet und kann krankmachen. Das alles nehmen wir in Kassel nicht hin, sondern werden es auch weiterhin angehen.

Ich wünsche allen Beteiligten das notwendige Durchhaltevermögen, um diese wichtigen Aufgaben stemmen zu können!



Über Ilona Friedrich:

Ilona Friedrich ist seit 2017 die erste Frau, die als Bürgermeisterin der Stadt Kassel gewählt wurde und leitet in dieser Position das Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Soziales. Zuvor war sie 28 Jahre für den Werra-Meißner-Kreis tätig. Zwischen 1989 und 1998 war Ilona Friedrich dort als Frauenbeauftragte beschäftigt und übernahm danach die Leitung des Jugendamtes. Seit 2009 leitete sie zudem den Fachbereich Jugend, Familie, Senioren und Soziales des Landkreises. Ilona Friedrich studierte von 1983 bis 1989 Sozialwesen und Wirtschaftspädagogik an der Universität Kassel und absolvierte davor eine Ausbildung als Industriekauffrau in Butzbach. Seit nahezu 40 Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich im frauen- und sozialpolitischen Bereich.

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung (2023): Factsheet Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Unter Mitarbeit von Antje Funke und Sarah Menne. Hg. v. Bertelsmann Stiftung. Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland> (letzter Zugriff 19.09.2023)
- Böhm, Katharina; Klünder, Dorothea; Weidtmann, Jonas (2021): Krankenkassen als Partner der kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention (GFP) – Bedingungen für die erfolgreiche Umsetzung des Präventionsgesetzes durch die Kommunen in NRW. In: Ute Klammer und Antonio Brettschneider (Hg.): Vorbeugende Sozialpolitik. Ergebnisse und Impulse. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, S. 191–197.
- Brücker, Daniela; Leiber, Simone; Leitner, Sigrid (2021): Vorbeugende Pflege- und Sorgpolitik – Herausforderungen und (kommunale) Gestaltungspotenziale in NRW. In: Ute Klammer und Antonio Brettschneider (Hg.): Vorbeugende Sozialpolitik. Ergebnisse und Impulse. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, S. 149–155.
- Bündnis 90/Die Grünen Kassel/SPD Kassel (2021): Mehr für Kassel. Ökologisch und sozial gerecht in die klimaneutrale Zukunft. Grün-Roter Koalitionsvertrag 2021 – 2026. Online verfügbar unter: https://spd-kassel.de/wp-content/uploads/2021/06/Gruen-Roter-Koalitionsvertrag-2021-2026_spd_kassel.pdf (letzter Zugriff 04.09.2023).
- Cremer, Georg (2017): Armut in Deutschland. Wer ist arm? was läuft schief? wie können wir handeln? 2. durchges. Auflage. München: C.H. Beck. Online verfügbar unter <https://www.perlentaucher.de/buch/georg-cremer/armut-in-deutschland.html> (letzter Zugriff 04.09.2023)..
- Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (2011): Einleitung. Kommunale Sozialpolitik - neue Herausforderungen, neue Konzepte, neue Verfahren. In: Heinz-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt (Hg.): Handbuch kommunale Sozialpolitik: VS Verl. für Sozialwiss. Online verfügbar unter 9-20.
- Die Linke Kassel (2021): Stadt für alle! Online verfügbar unter: <https://kommunalwahl.die-linke-kassel-stadt.de/pdf/kurzwahlprogramm.pdf> (letzter Zugriff: 07.09.2023).
- Fischer, Jörg; Geene, Raimund (2021): Gelingensbedingungen der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen – Handlungsansätze und Herausforderungen im Kontext kommunaler Präventionsketten. In: Ute Klammer und Antonio Brettschneider (Hg.): Vorbeugende Sozialpolitik. Ergebnisse und Impulse. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, S. 198–204.
- Funke, Antje/Menne, Sarah (2020): Kinderarmut in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Funke, Antje/Menne, Sarah (2023): Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Gehene, David H.; Schräpler, Jörg-Peter (2021): Kommunales Präventionsmonitoring: Konzept – Umsetzungspotentiale – Alternativen. In: Ute Klammer und Antonio Brettschneider (Hg.): Vorbeugende Sozialpolitik. Ergebnisse und Impulse. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, S. 304–310.
- Gohlers, Christopher (2010): Organisierte Dialoge als Strategie. Zukunft Regieren. Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik 9/2010. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Kronauer, Martin (2015): Kommunale Strategien Gegen Armut in Zeiten Der Einkommenspolarisierung. In: Sozialer Fortschritt 64 (5), S. 110–115.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf (2007): Politische Strategie. Eine Grundlegung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf (2008): Politische Strategie. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 21 (1), S. 11-24.
- Raschke, Joachim; Tils, Ralf (Hg.) (2010): Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rixen, Stephan (2021): Finanzierung von vorbeugender Sozialpolitik – Kommunen im Nothaushalt. In: Ute Klammer und Antonio Brettschneider (Hg.): Vorbeugende Sozialpolitik. Ergebnisse und Impulse. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, S. 227–233.
- Schaarschmidt, Heike; Fischer, Jörg; Hildebrandt, Theresa; Huber, Stefan; Blume-Strotzer, Andreas (2023): Kommunen als Vorreiter: Was sich aus kommunalen Ansätzen zur Armutsprävention lernen lässt. In: NDV – Nachrichtendienst (7).
- Schädler, Johannes; Fröhlich, Jan-Frederik; Reichstein, Martin F. (2021): Koordinationspotenziale kommunaler Teilhabepolitik in der Pflege, Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie (KoKoP). In:

- Ute Klammer und Antonio Brettschneider (Hg.): Vorbeugende Sozialpolitik. Ergebnisse und Impulse. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, S. 184–190.
- Schroeder, Wolfgang (2012): *Vorsorge und Inklusion. Wie finden Sozialpolitik und Gesellschaft zusammen?* Berlin: Vorwärts Buch.
- Schroeder, Wolfgang; Schulze, Michaela (Hg.) (2019): *Wohlfahrtsstaat und Interessenorganisationen im Wandel. Theoretische Einordnungen und empirische Befunde.* Baden-Baden: Nomos.
- Schubert, Herbert (2011): *Netzwerkmanagement und kommunales Versorgungsmanagement.* In: Heinz-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt (Hg.): *Handbuch kommunale Sozialpolitik.* Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 347–359.
- Schubert, Herbert (Hg.) (2008): *Netzwerkmanagement. Koordination von professionellen Vernetzungen ; Grundlagen und Praxisbeispiele.* 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch). Online verfügbar unter: <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-531-15444-2> (letzter Zugriff 04.09.2023).
- SPD Kassel (2021): *Mehr für Kassel Ökologisch und sozial gerecht in die klimaneutrale Zukunft. Grün-Roter Koalitionsvertrag 2021 – 2026.* Online verfügbar unter: https://spdkassel.de/wp-content/uploads/2021/06/Gruen-Roter-Koalitionsvertrag-2021-2026_spd_kassel.pdf (letzter Zugriff: 07.09.2023).
- Stadt Kassel (o.J.): *Pakt gegen Armut. Kassel bündelt Kräfte zur Armutsbekämpfung.* Online unter: https://www.kassel.de/buerger/familie_und_soziales/soziale-hilfe-und-beratung/inhalt/index.php (letzter Zugriff: 04.09.2023).
- Statista (2022): *Armut in Deutschland. Statista Dossier zu Armut in Deutschland.* Statista. Online verfügbar unter: <https://de-1statista-1com-1wop41m1g1c81.han.ub.uni-kassel.de/statistik/studie/id/50108/dokument/armut-in-deutschland/> (letzter Zugriff 19.09.2023)..
- Statistikatlas Kassel (2023): *% SGB II-Leistungsempfänger unter 18 Jahren.* Online verfügbar unter: <https://statistikatlas.kassel.de/bericht1/atlas.html> (letzter Zugriff: 19.09.2023).
- Ulrich, Sarah (2021): *Monitoring kommunaler Präventionsketten – Teilhabewirkung vor Ort abbilden und bewerten.* In: Ute Klammer und Antonio Brettschneider (Hg.): *Vorbeugende Sozialpolitik. Ergebnisse und Impulse.* Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, S. 311–317.